

Nachdruck mit Quellenangabe gegen 5 Heller per Zeile oder nach Vereinbarung gestattet.

# Ukrainische Nachrichten

## Zeitungskorrespondenz

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur  
Mykola Trotzkyj.

Telephon Nr. 13430

Nr. 1

Redaktion und Administration: Wien VIII, Josefstädterstrasse 79

Wien, am 21. Juli 1917

Telephon Nr. 13430

1. Jahrgang

### Vom Herausgeber.

„Ukrainische Nachrichten“, Mitteilungen des Bundes zur Befreiung der Ukraine, welche im 3. Jahrgang mit ihrer 100. Nummer vom Redaktionskomitee eingestellt wurden, werden jetzt unter meiner persönlichen Leitung und auf meine Verantwortung als eine Zeitungskorrespondenz herausgegeben.

Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und ihre ungeliebte, manchmal auch falsche Darstellung in der mittel-europäischen Presse machen das Erscheinen einer solchen Korrespondenz notwendig.

Gründliche Bekanntheit mit den treibenden Kräften und mit den führenden Persönlichkeiten der jetzigen ukrainischen Bewegung sowie die Möglichkeit, die Bürschaft für die Veröffentlichung unserer Informationen zu erhalten, machen die politischen Kreisen der Zentralmacht mittäglich zu sein und der kulturellen Welt eine richtige Vorstellung über die Bestrebungen des um seine Freiheit ringenden ukrainischen Volkes zu geben.

Da die Schriftleitung in nahen Beziehungen zu den ukrainischen politischen Kreisen Oesterreichs steht, wird diese auch anstandslos, die Tagespresse über die politischen Ereignisse in dem österreichisch-ukrainischen Lager unmittelbar zu informieren.

Mykola Trotzkyj.

### (U. N.) Die Bildung des ukrainischen Zentralrates.

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution wurde der Ukrainerische Zentralrat, die oberste nationale Vertretung des ukrainischen Volkes, gebildet. Auf dem Allgemeinen ukrainischen Kongress, der zu Ostern in Kiew stattfand, wurde der Zentralrat bestimmt, indem alle ukrainischen Parteien und Organisationen ihre Vertreter für den Zentralrat wählten. Der Zentralrat ist die einzige wahre Vertretung des ukrainischen Volkes in Russland. Seine Autorität ist in allen Schichten der Nation anerkannt. An der Spitze des Zentralrates steht Universitätsprofessor Mychajlo Hrushevskyj.

### (U. N.) Die Forderungen des Ukrainerischen Zentralrates an die provisorische Regierung.

Die Delegation des Ukrainerischen Zentralrates übergab den provisorischen Regierung ein Memorandum mit den Forderungen des ukrainischen Volkes. Die wichtigsten von diesen sind: Die Veröffentlichung eines Aktes durch die provisorische Regierung über die Autonomie der Ukraine; die unverzügliche Ausscheidung der ukrainischen Gouvernements aus separaten Verwaltungsbüros mit einem Landesrat und einem Kommissär der provisorischen Regierung in Kiew an der Spitze sowie die Ernennung eines Kommissärs bei der provisorischen Regierung für die ukrainischen Angelegenheiten; die Bildung eines separaten ukrainischen Heeres.

### (U. N.) Die Ablehnung der ukrainischen Forderungen durch die provisorische Regierung.

Durch einen von der juridischen Kommission der provisorischen Regierung untersuchten Commissariat wurde die Forderungen des Ukrainerischen Zentralrates abgelehnt. Die provisorische Regierung erklärte, dass nur die Konstituante das Recht habe, die Autonomie der Ukraine anzuerkennen. Ebenso ablehnend verhielt sich die Regierung auch in der Frage eines separaten ukrainischen Heeres.

### (U. N.) Der Allgemeine ukrainische Bauernkongress gegen die provisorische Regierung.

Die ablehnende Antwort der Regierung an den Ukrainerischen Zentralrat schuf eine sehr erregte Stimmung auf dem Bauernkongress, der Mitte Juni in Kiew stattfand. Nach der Verlesung des Petrograder Telegramms des Professors Hrushevskyj: „Die Feier der Revolution ist zu Ende“ und der Gefahr sieht, sie muss die Ukraine organisieren und einiges Redner verlangten sofortige Proklamation einer unabhängigen ukrainischen Republik. Andere Redner forderten das ukrainische Volk auf, seine Freiheit mit den Waffen gegen die Russen zu verteidigen. In seiner Resolution erklärte sich der Kongress mit dem Ukrainerischen Zentralrat vollkommen einig und forderte denselben auf, einen Kongress der Vertreter der Völker und der Gebiete einzuberufen, welcher die Einführung der federativen Republik in Russland verlangt sowie die Einberufung der ukrainischen territorialen Versammlung (Konstituante) zu beschleunigen.

### (U. N.) Die Stellungnahme des Ukrainerischen Zentralrates zur Entscheidung der provisorischen Regierung.

Der Ukrainerische Zentralrat konstatierte, dass die provisorische Regierung bewusst gegen die Interessen des ukrainischen Volkes aufgetreten ist und dass alle Mittel erschöpft wurden, um mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen. Der Ukrainerische Zentralrat beschloss einen Aufruf an das ukrainische Volk zu veröffentlichen, mit der Aufforderung, sich zu organisieren und die Autonomie der Ukraine unverzüglich durchzuführen.

### (U. N.) Der ukrainische Militärkongress in Kiew.

Am zweiten Kiewskyj verbotenen ukrainischen Militärkongress, der Ende Juni in Kiew tagte, nahmen gegen 2500 Delegierte teil, welche gegen 2 Millionen ukrainische Soldaten und Matrosen vertreten waren. Der Kongress hatte einen sehr sturmischen Verlauf. Der Bericht W. W. W. schenkovs, des ersten Vizepräsidenten des Zentralrates, über die Verhandlungen der ukrainischen Delegation mit der Petrograder Regierung rief auf dem Kongress die größte Entrüstung gegen dieselbe hervor. In seiner Resolution forderte der Kongress den Zentralrat auf, sich nicht mehr an die Regierung zu wenden und die Autonomie der Ukraine unverzüglich durchzuführen. Professor M. Hrushevskyj erklärte, dass die Ukraine im Rahmen der föderativen Republik die gleiche Stellung haben soll wie zum Beispiel Bayern im Deutschen Bunde. Die ökonomischen Interessen der Ukraine müssen in einem grösseren Masse geschützt werden.

Die verspätete telegraphische Mitteilung Kerenskiy, dass er gegen die Tätigkeit der obersten ukrainischen Militärbewegung, des ukrainischen Generalkomites, nichts einzuwenden habe, wurde mit lautem höhnischen Lachen der Kongressteilnehmer empfangen.

### (U. N.) Die ukrainische Militärbewegung.

Da die provisorische Regierung der normalen Bildung des ukrainischen Heeres verschiedene Hindernisse stellte, begann die letztere einen kriegerhaften Charakter anzunehmen. In einer Reihe von Städten der Ukraine fanden die Soldaten auf einen Faust die Unabhängigkeits ihrer Heimat durch und brachten sogar die Besessungen derselben. Ein Beispiel geben in solchen Fällen gewöhnlich nach, um blutige Konflikte zu vermeiden. Auf dem Lande organisierte sich eine ukrainische Volksmiliz. Im Bezirke Zwerynograd (Kiewer Gouvernement) ist die Miliz zum Beispiel 750 Mann stark.

In Odessa veröffentlichte die ukrainische Militärbewegung den Aufruf an die ukrainischen Soldaten, in welchem sie die Befreiung der Ukraine so lange an die Front nicht abschieben, bis die Soldaten ukrainischer Nationalität in separate Heereinteile eingeteilt werden. Die provisorische Regierung wurde gewarnt, die widersprüchlichen Regimenter vorläufig in Odessa zu belassen und dann den ukrainischen Corps zuzuteilen.

In Schytomyr (Wolynien) und Uman (Podolien) sind ebenfalls ukrainische Regimenter gebildet worden. Der ukrainische Teil der Besatzung von Wnyjew (Podolien) erklärte, dass das ukrainische Militär-Generalkomitee aus Kiew als das Zentrale Komitee sei.

Am 14. August veröffentlichte der ukrainische Zentralrat ein Manifest für das ukrainische Volk. Auf die Lamentationen der „Rjetsch“ schreibt: „Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Autonomie der Ukraine. Wir wollen auf die Rechte der Ukraine nicht mit der Befreiung ihrer nationalen Kräfte verzichten. Die Befreiung ihrer nationalen Kräfte notwendige Freiheit kann nicht in geben, sondern wir anerkennen auch das Recht der Ukrainer, von der provvisorischen Regierung schon jetzt die Befriedigung der wichtigsten nationalen Bedürfnisse zu verlangen. Dies ist die provvisorische Regierung sowie die russische Gesellschaft den Ukrainer schuldig. Die Regierung muss ihre Vertreter in die Ukraine schicken, damit sie an Ort und Stelle die Situation prüfen und ein Programm ausarbeiten, das den Interessen der Ukrainer entspricht.“

Auf die Lamentationen der „Rjetsch“ und anderer ukrainische Organe antwortet „Russkaja Wola“ folgendes: „Die provvisorische Regierung kann nicht in die Ukraine eindringen, sondern die Verhandlungen mit der Ukraine sowie eine Übereinstimmung der Interessen der beiden Völker. Dazu braucht man nicht „Zu Hilfe“ zu schreien, wie es das Organ „Miliukows“ tut.“ In dem Akt des Zentralrates sieht „Russkaja Wola“ nicht die Loslösung der Ukraine, sondern nur die Proklamierung der Autonomie derselben und die „ersten Schritte zu ihrer Verwirklichung“. Die „eigenmächtige“ Proklamierung der Autonomie will „Russkaja Wola“ durch die negative Stellungnahme der provvisorischen Regierung in den Forderungen des Zentralrates rechtfertigen.

„Uj en“ schreibt: „Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Autonomie der Ukraine. Wir wollen auf die Rechte der Ukraine nicht mit der Befreiung ihrer nationalen Kräfte verzichten. Die Befreiung ihrer nationalen Kräfte notwendige Freiheit kann nicht in geben, sondern wir anerkennen auch das Recht der Ukrainer, von der provvisorischen Regierung schon jetzt die Befriedigung der wichtigsten nationalen Bedürfnisse zu verlangen. Dies ist die provvisorische Regierung sowie die russische Gesellschaft den Ukrainer schuldig. Die Regierung muss ihre Vertreter in die Ukraine schicken, damit sie an Ort und Stelle die Situation prüfen und ein Programm ausarbeiten, das den Interessen der Ukrainer entspricht.“

### (U. N.) Die Stellungnahme russischer Politiker zum Manifest des Zentralrates.

„Russkaja Wola“ vom 28. Juni bringt die Aussagen verschiedener russischer Politiker ihren Korrespondenten gegenüber betreffs des ukrainischen Manifestes.

P. Miliukow (Kadett) sagte, dass der Zentralrat durch Veröffentlichung seines Manifestes ein grosses Verbrechen beging, welches für die Zukunft der Ukraine kaum nützlich sein kann.

F. Roditschek (Kadett) äusserte sich reserviert, indem er sagte, dass man sich dort nicht orientieren kann, wo nur leere Worte und keine Taten sind.

E. Goz (Sozialrevolutionär) schreibt: „Wir wollen, dass die Ukraine sowie andere fronditionale Provinzen ein unzweifelbares Recht auf Autonomie und sogar auf Absonderung und auf eine fédérative Verbindung mit Russland haben, wenn die Mehrzahl der Bevölkerung dafür ist, er hätte aber die vorzeitige Forcierung der nationalen und der Provinzfragen für schädlich, solange die Erroberungen der Revolution nicht gesichert sind. Daher sei die endgültige Entscheidung der ukrainischen sowie der sonstigen nationalen Fragen der Konstituante zu überlassen.“

A. Goz (Sozialrevolutionär) und Mitglied des Volksausschusses des Arbeiters- und Soldatenrates), der die Veröffentlichung des Manifestes des Zentralrates so wie manche andere russische Politiker als Loslösung der Ukraine von Russland verstanden, erklärte, dass die Ukrainer den grössten Fehler begingen, da sie dadurch die russische Demokratie schwächen. Er erzählte über die Ankunft der ukrainischen Delegation in Petrograd mit den bekannten Forderungen, welche durch die provvisorische Regierung abgelehnt wurden, und sagte: „Wir hörten von den ukrainischen Delegierten kein Wort darüber, dass die Ukraine die Auseinandersetzung, die loszutrennen, daher bereitet uns der gemeinsame Akt die volle Überraschung und wird erst den Gegenstand unserer Besprechungen bilden.“

### (U. N.) Ein neuer Kommissär für das Gouvernement Podolien.

Der Katerinoslawer Kommissär Gergesberg, der den Ukraineren feindlich gesinnt war, wurde durch die Bemühungen derselben gezwungen zu demissionieren.

### (U. N.) Ein neuer Kommissär für das Gouvernement Podolien.

Die Regierung ernannte den Ukrainer Doktor Stachowski zum Gouvernementskommissär von Podolien. (Dr. Stachowski, geb. 1906 in Kiew das ukrainische sozialdemokratische Blatt „Borotha“ („Der Kampf“) heraus.)

### (U. N.) Die Ausweisung des Bischofs Eulogius aus Wolhynia.

Der Gouvernementsrat der Vereinigten Gesellschaftsorganisation in Schytomyr beschloss, den Bischof Eulogius als einen Feind der neuen Staatsordnung aus dem Gouvernement Wolhynien auszuweisen. (Der Bischof Eulogius ist bekannt als Feind des ukrainischen Volkes. Während der ersten russischen Invasion bekehrte er zwangsweise die griechisch-katholische Bevölkerung Ostgaliziens zur Orthodoxie.)

### (U. N.) Die ukrainische Presse in Kiew über die Proklamation des Ukrainerischen Zentralrates.

„Rabityca Gazeta“ (Wnyjew) schreibt: „Die Proklamation — das ist die Lektion, die die ukrainischen Massen, welche selbstständig, aber ohne Verbindung mit der Demokratie anderer Völker zu verhindern, die Schöpfung der Grundlagen des freien Ukraine in die Hände nehmen sollen. Wir sind überzeugt, dass wir in kurzer Zeit die grosse Freude erleben werden, die Angelegenheit der Bildung einer freien autonomen Ukraine vollendet zu sehen.“

„N o v a R a d a“, Hrushevskyj Organ, schreibt: „Der Zentralrat hat, als gewähltes Organ mit der Sprache der Behörde, welche Gehorsam und Disziplin fordert, gesprochen. Der Zentralrat hat keine offizielle Kraft, aber seine Bedeutung ist auf moralischer Autorität begründet. Freilich werden die dem Ukrainerum

feindlichen Leute darin einen Anschlag auf die Revolution und andere Schrecknisse sehen, aber wir werden von dem gewählten Weg nicht weichen.“

### (U. N.) Die Stellungnahme der russischen Presse zum Manifest des Ukrainerischen Zentralrates.

Die Miliukowsche „Rjetsch“ stellt sich sehr feindlich zur Proklamierung der Autonomie der Ukraine, „Die Ukrainer“, schreibt „Rjetsch“, führen ein böses Spiel mit Russland. Die ukrainischen Politiken verwirklichen jedoch das, was die Deutschen arbeiteten, nämlich sie sind hier zur Befreiung der Ukraine unterstützend. „Rjetsch“ fordert die Regierung auf, energische Massnahmen zu ergreifen, um die Ukrainer in Schranken zu halten.

Birschewitz: „W o d o m o s t“ schreibt, dass das Manifest des Ukrainerischen Zentralrates „die Bevölkerung der Ukraine zu Taten auffordert, welche die Stützen des russischen Staates untergraben. Man muss eine entscheidende Antwort auf das Manifest geben, welches nichts anderes als ein Staatsverbrechen ist. Man muss nicht vor den innersten Mitteln zurücktreten, um die Wirkung dieses Manifestes zu verhindern.“

Auf die Lamentationen der „Rjetsch“ und anderer ukrainische Organe antwortet „Russkaja Wola“ folgendes: „Die provvisorische Regierung kann nicht in die Ukraine eindringen, sondern die Verhandlungen mit der Ukraine sowie eine Übereinstimmung der Interessen der beiden Völker. Dazu braucht man nicht „Zu Hilfe“ zu schreien, wie es das Organ „Miliukows“ tut.“ In dem Akt des Zentralrates sieht „Russkaja Wola“ nicht die Loslösung der Ukraine, sondern nur die Proklamierung der Autonomie derselben und die „ersten Schritte zu ihrer Verwirklichung“. Die „eigenmächtige“ Proklamierung der Autonomie will „Russkaja Wola“ durch die negative Stellungnahme der provvisorischen Regierung in den Forderungen des Zentralrates rechtfertigen.

„Uj en“ schreibt: „Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Autonomie der Ukraine. Wir wollen auf die Rechte der Ukraine nicht mit der Befreiung ihrer nationalen Kräfte verzichten. Die Befreiung ihrer nationalen Kräfte notwendige Freiheit kann nicht in geben, sondern wir anerkennen auch das Recht der Ukrainer, von der provvisorischen Regierung schon jetzt die Befriedigung der wichtigsten nationalen Bedürfnisse zu verlangen. Dies ist die provvisorische Regierung sowie die russische Gesellschaft den Ukrainer schuldig. Die Regierung muss ihre Vertreter in die Ukraine schicken, damit sie an Ort und Stelle die Situation prüfen und ein Programm ausarbeiten, das den Interessen der Ukrainer entspricht.“

### (U. N.) Die Stellungnahme russischer Politiker zum Manifest des Zentralrates.

„Russkaja Wola“ vom 28. Juni bringt die Aussagen verschiedener russischer Politiker ihren Korrespondenten gegenüber betreffs des ukrainischen Manifestes.

P. Miliukow (Kadett) sagte, dass der Zentralrat durch Veröffentlichung seines Manifestes ein grosses Verbrechen beging, welches für die Zukunft der Ukraine kaum nützlich sein kann.

F. Roditschek (Kadett) äusserte sich reserviert, indem er sagte, dass man sich dort nicht orientieren kann, wo nur leere Worte und keine Taten sind.

E. Goz (Sozialrevolutionär) schreibt: „Wir wollen, dass die Ukraine sowie andere fronditionale Provinzen ein unzweifelbares Recht auf Autonomie und sogar auf Absonderung und auf eine fédérative Verbindung mit Russland haben, wenn die Mehrzahl der Bevölkerung dafür ist, er hätte aber die vorzeitige Forcierung der nationalen und der Provinzfragen für schädlich, solange die Erroberungen der Revolution nicht gesichert sind. Daher sei die endgültige Entscheidung der ukrainischen sowie der sonstigen nationalen Fragen der Konstituante zu überlassen.“

A. Goz (Sozialrevolutionär) und Mitglied des Volksausschusses des Arbeiters- und Soldatenrates), der die Veröffentlichung des Manifestes des Zentralrates so wie manche andere russische Politiker als Loslösung der Ukraine von Russland verstanden, erklärte, dass die Ukrainer den grössten Fehler begingen, da sie dadurch die russische Demokratie schwächen. Er erzählte über die Ankunft der ukrainischen Delegation in Petrograd mit den bekannten Forderungen, welche durch die provvisorische Regierung abgelehnt wurden, und sagte: „Wir hörten von den ukrainischen Delegierten kein Wort darüber, dass die Ukraine die Auseinandersetzung, die loszutrennen, daher bereitet uns der gemeinsame Akt die volle Überraschung und wird erst den Gegenstand unserer Besprechungen bilden.“

### (U. N.) Der Kongress der ukrainischen Juristen.

An 27. Juni fand in Kiew ein Kongress der ukrainischen Juristen statt. Professor M. Hrushevskyj hielt einen Vortrag über die historischen und politisch-ökonomischen Grundsätze der Autonomie der Ukraine. Es wurden auch Vorträge über „Die historische Entwicklung des ukrainischen Rechtes“ und über „Die politische Entwicklung des ukrainischen Rechtes“ gehalten. Der Kongress nahm die Resolutionen auf, die die Ukrainerisierung des Gerichtswesens in der Ukraine mit der Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten an, forderte alle ukrainischen Juristen, welche außerhalb der Ukraine wohnen, auf, in die Heimat zurückzukehren, und beschloss, alle jetzt geltenden Gesetze ins Ukrainische zu übersetzen.

### (U. N.) Der Bund des ukrainischen Staatswesens.

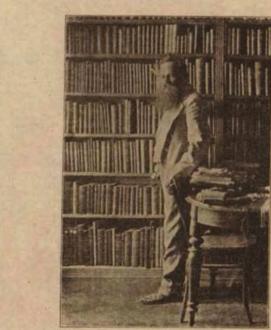
An 18. Juni fand in Kiew eine von über 2500 Personen teilte Versammlung statt, welche vom oben genannten Bund eröffnet wurde. Die Versammlung hatte einen raschendlichen Charakter und nahm folgende Resolution an: „Der Bund des ukrainischen Staatswesens fordert das ukrainische Volk auf, um die Schaffung der unabhängigen demokratischen Republik in der vereinigten Ukraine mit der Souveränität der ukrainischen Nation und mit Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten zu kämpfen und die Schaffung der freien Vereinigungen mit anderen Nationen auf dem Territorium der Ukraine zu erstreben. Die

Schaffung der ukrainischen Republik ist eine internationale Frage, da in ihren Grenzen die Gebiete sein müssen, welche jetzt von den Zentralmächten besetzt sind, daher verlangt der Bund, dass an der internationalen Friedenskonferenz auch die Vertreter des ukrainischen Volkes teilnehmen.“

### (U. N.) Der Aufruf des Kommissärs Doroschenko an die Bevölkerung von Galizien und der Bukowina.

„Rjetsch“ berichtet, dass der Landeskommisär der okkupierten Teile von Galizien und der Bukowina, Doroschenko, einen Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht, welchem gesagt wird, dass die Politik der Deutschen Befreiung nicht mehr finden wird. Die neuen Behörden bestätigen, dass die alten sozialistischen Institutionen des Bürgertums aufzugeben, halten vielmehr für notwendig, alle Massnahmen zu ergreifen, um die Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Die neuen Behörden werden ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Apprisonierung richten.

### (U. N.) Die Führer der ukrainischen Bewegung in Russland.



Professor Michael Hrushevskyj, der grösste ukrainische Geschichtsschreiber, Verfasser der monumentalen „Geschichte der Ukraine“ (die jetzt sind acht umfangreiche Bände erschienen), zahlreicher anderer Arbeiten über die Geschichte der Ukraine und politisch-scientifischer Abhandlungen über manigfache Probleme ukrainischen nationalen Lebens, Schöpfer und Gestalter des kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Lebens des ukrainischen Volkes in den letzten 20 Jahren. Ordentlicher Professor der Geschichte Ost-Slowiens an der Lwowsker Universität seit dem Jahr 1899. Langjähriger Oberrektor des ukrainischen wissenschaftlichen Schewtschenko-Gymnasiums in Lemberg und in Kiew. Chefredakteur des wissenschaftlichen Publikations dieser beiden Gesellschaften.

Seine politischen Annahmen nach ist Professor Hrushevskyj ein nationaler Demokrat, Autonomist und Föderalist. In Galizien beteiligte er sich an der Gründung der ukrainischen nationaldemokratischen Partei und war einige Jahre einer der hervorragendsten Mitglieder derselben. Er wirkte vor allem publizistisch und verfasste zahlreiche grundsätzliche Aufsätze über das Programm und die Taktik seiner Partei. Einige Jahre vor dem Kriegsausbuch sprach er gegen die merkantile Umschau auf und die neue Richtung auf, um vorwärts die Reihen der Partei, deren Politik zu verstehen, zu sichern und die demokratische politische Leben der österreichischen Ukraine zu fördern. Diese grössere Energie wünschte sich Prof. Hrushevskyj den politischen Angelegenheiten der russischen Ukraine. Jedes Jahr verbrachte er einige Monate in Kiew und spielte dort die Hauptrolle bei der Organisation der immerhin illegalen ukrainischen politischen Bewegung. Er war Schöpfer des „Bundes der ukrainischen Fortschritter“, einer zwischenparteilichen politischen Organisation, in deren Händen beinhaltete die ganze politische Bewegung der russischen Ukraine bis zum Revolutionsausbruch ruhte.

Der Kriegsausbuch überraschte Professor Hrushevskyj in seinem Sommerunterkunft in dem Karpathen. Von dort reiste er nach Wien, um von den russischen Truppen aufgenommen zu werden. Einige Tage nach seiner Ankunft in Wien wurde Professor Hrushevskyj verhaftet und administrativ nach Simbirsk verbracht. In dieser politischen Verbannung verbrachte Professor Hrushevskyj die ganze Kriegszeit bis zum Ausbruch der Revolution blieb jedoch keinen Moment untätig. In Gegenheit! Er setzte ununterbrochen seine wissenschaftliche Arbeit fort, fand jedoch auch Zeit genug, um ukrainischen politischen Inhalten zu verfasst sowie in zahlreichen Artikeln, die in der russischen festschriftlichen Presse veröffentlicht wurden, die ukrainische politische Bewegung gegen fortgesetzte Angriffe seitens des reaktionären Russentums zu teidigen. Während der Revolution kehrte Professor Hrushevskyj unverzüglich nach Kiew zurück und stellte sich in die ersten Reihen der Kämpfer für die Befreiung des Vaterlandes. In Würdigung seiner politischen Begabung, Standhaftigkeit, Energie, seines feurigen Patriotismus, seines außergewöhnlichen Arbeitsamkeit und Leistungsfähigkeit sowie seines einwandfreien Charakters wurde Professor Hrushevskyj zum Ohmann des Ukrainerischen Zentralrates in Kiew ernannt, der die oberste nationale Instanz für die ganze russische Ukraine ist. Er erfreute sich einer außergewöhnlichen allgemein anerkannten Popularität. Professor Hrushevskyj steht jetzt in seinem 51. Lebensjahr und bewahrt seine volle Manneskraft trotz der überanstrengenden Arbeit, in welcher er ununterbrochen sein Leben führt.